

## Terminkalender

### Bundestagsberatungen

10. bis 21. September,  
8. bis 12. Oktober

### Demonstration in Berlin

15. September: „Frieden in Afghanistan. Bundeswehr raus“

### Konferenzen

27. September: Deutscher Apothekertag in Düsseldorf  
6. Oktober: 2. Nationaler Impftag des Berufsverbandes der Frauenärzte

### Parteitag

27./28. Oktober: 1. Landesparteitag DIE LINKE. M-V in Klink

### Besuchergroupe

30. Oktober: Besucher aus dem Wahlkreis in Berlin

### Veranstaltungen

18. Oktober: Benefizgala des Neurologischen Rehabilitationszentrums in Greifswald

Bundestagsbüro  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030.22770067  
Fax: 030.22776076  
martina.bunge@bundestag.de

Wahlkreisbüros  
in Wismar, Rostock, Parchim, Lübz,  
Grevesmühlen und Gadebusch

Kontakt über  
Lübsche Straße 97  
23966 Wismar  
Telefon: 03841.3265993  
Fax: 03841.3265994

Jörg Möller  
Mobil: 0171.3604460  
martina.bunge@wk.bundestag.de

Rainer Raeschke  
Mobil: 0172.3201859  
martina.bunge@wk2.bundestag.de

Wer nicht ausbildet, soll zahlen

## Für mehr Lehrstellen

Alle Jahre wieder das Trauerspiel zu Beginn des Ausbildungsjahres: Die Lehrstellen reichen nicht. Am 1. August hatten in Mecklenburg-Vorpommern 7.500 Bewerberinnen und Bewerber noch keinen Ausbildungsplatz – rund ein Drittel von den knapp 20.000, die sich insgesamt auf die Suche gemacht hatten. 45 Prozent davon haben die Schule schon im Vorjahr oder noch früher beendet. Sie gelten als „Altbewerber“. Inzwischen meldet die Arbeitsagentur – sozusagen kurz vor Ultimo – den Abschluss zahlreicher Ausbildungsverträge. Das ist gut für die jungen Leute, die noch eine Lehrstelle bekommen haben.

Bundes- und Landesregierung loben in diesem Zusammenhang den „Ausbildungspakt“ mit der Wirtschaft. Doch diese freiwilligen Selbstverpflichtungen werden das Problem nicht grundsätzlich lösen.

Die Linksfraktion hat deshalb erneut die Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung verlangt. Das heißt: Diejenigen Unternehmen, die gar nicht oder nicht ausreichend ausbilden, müssen eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen. Mit diesem Geld werden ausbildungswillige Firmen unterstützt und können so zusätzliche Lehrstellen schaffen.

DS 16/5979

Nachdenken über den Krieg

## Mahnmal statt Ehrenmal

Der Bundesverteidigungsminister will ein Bundeswehr-Ehrenmal an seinem Dienstsitz in Berlin errichten lassen. Damit soll der „Toten unserer Bundeswehr“ gedacht werden. Die Linksfraktion möchte stattdessen ein Mahnmal gegen den Krieg. In einem Antrag heißt es: „Der Begriff ‚Ehre‘ legt nahe, dass es wieder ehrenvoll sein soll, in einen Krieg zu ziehen und zu sterben. Nicht gedacht wird der ‚Ehre‘ der Männer, Frauen und Kinder, die vom Radar deutscher Tornados erfasst und von den Geschossen deutscher Soldaten

oder ihrer Verbündeten getötet werden. Benötigt wird ein Gedenkort, möglichst in der Nähe des Bundestages, der das Nachdenken über den Sinn der Opfer ermöglicht, ein Mahnmal für sämtliche Opfer der gegenwärtigen Kriege, insbesondere aus der Zivilbevölkerung, aber auch für die umgekommenen Soldaten.“

Die Linksfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, ein Konzept für ein modernes Mahnmal zu entwickeln und es in einer breiten Öffentlichkeit diskutieren zu lassen.

DS 16/5891



September/Oktober 2007

Rente: solidarisch und sicher  
· Gegen Frühverrentung bei Hartz IV  
· Keine Zahlungen bei weniger als 980 Euro  
· Wer nicht ausbildet, soll zahlen  
· Mahnmal statt Ehrenmal

# klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

## Auf ein Wort

## Liebe Leserinnen und Leser,

katastrophale Zustände in vielen Pflegeheimen hat der Medizinische Dienst der Krankenkassen in seinem jüngsten Bericht festgestellt. Jeder dritte Pflegebedürftige, hieß es, bekomme nicht einmal genug zu essen und zu trinken. Das macht den Menschen Angst. Die Bundesregierung will nun stärkere Kontrollen. Sicher: Niemand soll sich ungestraft an Gesundheit und Wohlbefinden alter Menschen vergehen können. Aber die Ursachen dieser seit langem bekannten Missstände – eine chronische Unterfinanzierung – werden so nicht beseitigt. Wer da ran will, muss endlich mehr Geld in die Pflegeversicherung stecken.

Dass die Regierungskoalition davor zurückschreckt, zeigte sich bereits, als sie im Juni ihre Eckpunkte zur Reform der Pflegeversicherung vorstellte. Da rühmte sie sich ihrer Leistungen für Demenzerkrankte, um deren Versorgung es besonders schlecht bestellt ist. Bis zu 2.400 Euro jährlich sollen künftig für sie zur Verfügung stehen. Das wären allerdings nur 6,57 Euro pro Tag und Person. Hinzukommt, dass die für 2008 vorgesehenen Mittel lediglich für 112.500 Betroffene ausreichen. Würden alle Erkrankte Unterstützung beantragen – die Bundesregierung geht von einer Million Menschen aus – ergäben sich lediglich 0,74 Euro pro

Tag für jeden Einzelnen. DIE LINKE fordert daher, die Pflegeversicherung nach dem Modell der Bürgerversicherung zu finanzieren: Alle zahlen ein. Das würde die Einnahmen erhöhen. Damit könnte zum Beispiel qualifiziertes Personal in ausreichender Anzahl ordentlich bezahlt werden. So entstehen Arbeitsplätze mit Zukunft, und die Pflegebedürftigen bekommen das, was sie am meisten brauchen: mehr Zuwendung.

Es grüßt Sie

Dr. Martina Bunge  
ist Vorsitzende des  
Gesundheitsausschusses

## Auf den Punkt

„Wer auf seinem Lohnzettel den Solidaritätszuschlag sieht, denkt, das ganze Geld fließt in den Osten, dem ist aber nicht so. Damit werden auch Rohstoffkriege finanziert und Steuerausfälle ausgeglichen.“

Gesine Löttsch, Fraktion DIE LINKE, am 1. August

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Rente – solidarisch und sicher

Viele, die auf das Rentenalter zugehen, machen sich Gedanken, wie sie künftig finanziell über die Runden kommen. Jüngere Leute rechnen schon gar nicht mehr damit, dass sie über die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ihren Lebensabend bestreiten können. Selbst bei langer Beitragszahlung wird die Rente für viele nur auf Grundversicherungsniveau liegen. DIE LINKE hat nun ein Sechs-Punkte-Sofortprogramm zur Rente vorgelegt.

## 1. Lebensstandardsicherung

Die Gesetzliche Rentenversicherung muss wieder die tragende Säule im System der Alterssicherung sein. Die Rente soll – wie in früheren Jahren – den Lebensstandard sichern. Dieses Prinzip ist gesetzlich festzuschreiben. Menschen mit mittlerem Verdienst sollen wieder eine Rente aus der GRV erhalten, die einen deutlichen Abstand zur Grundsicherung aufweist. Sie soll bei rund 70 Prozent des individuellen Durchschnittseinkommens liegen.

## 2. Kein Beitragssatzdogma

Der Beitragssatz muss sich wie früher am angestrebten Leistungsniveau orientieren und nicht umgekehrt das Leistungsniveau an der politisch festgelegten Beitragssatzhöhe. Die Begrenzung auf 20 Prozent bis 2020 – be-

ziehungsweise 22 Prozent bis 2030 – nutzt allein den Arbeitgebern. Die Beschäftigten sind schon jetzt mit mehr als zehn Prozent (und damit mehr als der Hälfte) am Beitragssatz von 19,9 Prozent beteiligt, wenn sie für eine lebensstandardsichernde Rente private Vorsorge treffen.

## 3. Ohne Kürzungsfaktoren

Damit eng verbunden ist die sofortige Rücknahme von Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor. Die im Zuge der Rente ab 67 geplante „Sicherungsklausel“ lehnen wir ebenfalls ab. Sie würde das Rentenniveau weiter nach unten drücken. Wir wollen eine Dynamisierung, die der älteren Generation eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand garantiert.

## 4. Alle Erwerbstätigen in die „Gesetzliche“ einbeziehen

Bislang nicht oder nur unzureichend gesicherte Personen sollen ebenso in die GRV einbezogen werden wie solche, die derzeit Zugang zu „privilegierten“ Sondersystemen haben. In die einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung für alle würden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft paritätisch einzahlen. Die sozialversicherungsrechtliche Sonderbehandlung von Mini- und Midi-Jobs ist zu beenden; die Beitragsbemessungsgrenze könnte

angehoben, die damit verbundene Rentensteigerung abgeflacht werden. Die Rente soll besser auf unterbrochene Erwerbsbiografien reagieren, indem Zeiten für Kindererziehung und Pflege, von Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie von Aus- und Weiterbildung höher bewertet werden.

## 5. Nein zur Rente mit 67

Solange für Ältere keine Möglichkeit zur Teilhabe am Erwerbsleben besteht, führt ein höheres Rentenalter zu mehr Erwerbslosigkeit, deutlich niedrigeren Renten und somit zu steigender Altersarmut. Statt starrer Altersgrenzen benötigen wir flexible Ausstiegsmöglichkeiten. Die Altersteilzeit ist zu verlängern und der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten zu erleichtern.

## 6. Rentenwert Ost an den Rentenwert West angleichen

Wer im Westen für ein Kalenderjahr Beiträge in Höhe des Durchschnittsverdienstes gezahlt hat, erhält 26,27 Euro, im Osten 23,09 Euro. Dieser Unterschied ist nicht mehr zu rechtfertigen. Wird die Anpassung wie bisher fortgeführt, wäre sie nicht vor dem Jahre 2030 erreicht. Daher befürwortet DIE LINKE eine schnellstmögliche steuerfinanzierte Angleichung der Rentenwerte.

DS 16/5903

www.martina-bunge.de

Neues Ungemach durch Hartz IV

# Zwang zur Frührente

Obwohl seit 2005 in Kraft, birgt Hartz IV immer noch „Überraschungen“. Die jüngste ist mit dem Auslaufen der so genannten 58er Regelung verbunden. Sie erlaubte es Hartz-IV-Empfängern, bis zum 65. Lebensjahr Leistungen nach dem SGB II zu beziehen. Mehr schlecht als recht kamen sie damit über die Runden – viele mit der Hoffnung auf ein paar Euro mehr bei Renteneintritt. Diese Erwartung löst sich nun für die meisten in Luft auf: Mit Wegfall der 58er Regelung werden die Betroffenen ab Januar 2008 in Frührente gezwungen. Das hat die Bundesregierung jetzt in ihren

DS 16/5902

Antworten auf Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE bestätigt. Rentenfähige Ältere im Hartz-IV-Bezug seien frühest möglich zur „Inanspruchnahme einer Altersrente verpflichtet, selbst wenn diese mit Abschlägen verbunden ist“. Diese Kürzungen machen 3,6 Prozent pro Jahr aus, können also bis zu 18 Prozent betragen. Verschärft wird die Situation mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67. DIE LINKE lehnt die Rente ab 67 entschieden ab und wendet sich gegen die Rentenkürzungspolitik durch Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern.

Rückkehr zur Härtefallregelung

# Erlass bei unter 980 Euro

Arme Menschen sind häufiger krank und sterben früher als reiche. Das ist eine Schlussfolgerung aus der „Gesundheitsberichterstattung des Bundes“, die 2006 im Auftrage des Gesundheitsministeriums entstand. Trotzdem geht die Zahl der Arztbesuche gerade bei Geringverdienern zurück, wie eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung ergab. Zwischen 2003 und 2006 hat sich die Zahl der Arztkontakte bei Menschen mit einem Einkommen von unter 500 Euro um mehr als

30 Prozent verringert. Ein Antrag der Linksfraktion sieht die Wiedereinführung der bis 2003 geltenden Härtefallregelung vor. Danach sollen die im Jahre 2004 gestrichenen Zuzahlungsbefreiungen wieder eingeführt werden. Personen mit einem Einkommen von weniger als 980 Euro müssten dann keinerlei Zuzahlungen mehr für Medikamente, Hilfsmittel, stationäre Aufenthalte, Fahrtkosten oder Zahnersatz leisten. Auch die Praxisgebühr entfiel für diese Menschen.

DS 16/6033

# Drucksache

Initiativen der Fraktion

## BAföG für Studiengebühren.

Immer mehr Bundesländer erheben Studiengebühren. DIE LINKE verlangt, dies bei der BAföG-Höhe zu berücksichtigen.

Gesetzentwurf, DS 16/5808

## Überschüsse nutzen.

Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit sollen nicht für weitere Beitragssenkungen, sondern zur Vermeidung von Langzeiterwerbslosigkeit, Qualifizierung und eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes genutzt werden.

Antrag, DS 16/6035

## Verzicht üben.

DIE LINKE fordert, auf Online-Durchsuchungen aus grundrechtlichen Erwägungen gänzlich zu verzichten. Die Arbeiten zur Entwicklung, Planung und Durchführung sind deshalb einzustellen.

Antrag, DS 16/5680

## Mehr Schutz fürs Meer.

Die LINKE kritisiert ebenso wie Umweltverbände und der Sachverständigenrat für Umweltfragen den EU-Richtlinienvorschlag zur Meeresstrategie. Fischerei, Seefahrt und Landwirtschaft sind dort ausgeklammert.

Entschließungsantrag, DS 16/5973